

Februar 2014

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2014

(von Peter Dunkl, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Karl, sehr geehrte Herren Amtsleiter,
Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte anwesende Bürgerinnen und Bürger

Im Namen der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, möchte ich auch in diesem Jahr wieder insbesondere Herrn Trunzer, der mit seiner ruhigen Art und seiner hohen Fachkompetenz die Hauptarbeit zu diesem Haushaltsplan zu leisten hatte, meinen Dank und meine große Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprechen. Danken möchte ich aber auch allen anderen, die am Zustandekommen dieses Haushaltsplans beteiligt waren.

Man kann feststellen, dass es auch in diesem Jahr bei den Vorberatungen zu keinen harten Kontroversen kam. Die Fraktionen gingen überwiegend wertschätzend miteinander um. Ich würde mir wünschen, dass dies auch so bleibt, wenn die Zeiten schlechter werden sollten.

Und um es gleich vorweg zu sagen, wir Grüne sehen keine schwerwiegenden Gründe, warum wir dem vorliegenden Haushaltsplan nicht zustimmen sollten. Wir planen im laufenden Jahr keine neuen großen Bauprojekte, sondern schließen nur die bereits begonnenen Projekte RHB Weihwiesenbach und Familienzentrum Hauptstraße 69 ab. Der Gemeindeanteil für das von uns Grünen für überflüssig gehaltene 2 Millionen teure RHB hat den Haushalt mit 248.000 € ja schon im vergangenen Jahr belastet. Wir können so den Schwerpunkt unserer Aufmerksamkeit deutlicher auf die Unterhaltung bzw. auf die Instandsetzung des Bestehenden legen.

Kurz gesagt: Wir werden dem vorliegenden Haushaltsplan 2014 zustimmen. Allerdings möchte ich nicht darauf verzichten, anlässlich der Haushaltsverabschiedung einige unserer Gedanken zur Gegenwart und Zukunft unserer Gemeinde darzustellen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Unsere **Schulen** sind uns lieb und teuer

- Eine zusätzliche Arbeitskraft für das Sekretariat der ETS.
- 60.000 € für die Fortführung der guten Arbeit der Schulsozialarbeiterin an der ETS, was uns durch die Drittelfinanzierung des Landes an der Schulsozialarbeit erfreulicherweise erleichtert wird.
- 7.600 € für die Arbeit eines Schulpsychologen am Gymnasium.
- Die Einrichtung einer FSJ-Stelle für beide Schulen zusammen, sobald wir mit einer akzeptablen Stellenbeschreibung die Voraussetzung erfüllen.
- Auch die materiellen Wünsche der Schulen werden zum großen Teil erfüllt.
- Und seitens der Grünen gäbe es auch Unterstützung, wenn sich das Gymnasium ähnlich der Gemeinschaftsschule für neue Lernformen weiter öffnen möchte.
- Bei der Grundschule gilt es offen zu sein für mögliche Veränderungen in Richtung Ganztagschule, auch wenn sich dies im vorliegenden

Haushaltsplan noch nicht abbildet. Hier zeichnet sich schon heute ein großer Bedarf ab. Ob es eine verpflichtende oder eine offene Ganztagsgrundschule sein wird oder gar beides, kann heute noch nicht abschließend gesagt werden. Und trotz angekündigter Finanzspritze der Landesregierung werden hier sicher Planungskosten anfallen – vielleicht schon in diesem Jahr.

- Die Kritik meines Vorredners an der mangelnden Unterstützung der Gemeinschaftsschule durch das Kultusministerium teilen wir. Ebenso die Einschätzung, dass der bisherige Erfolg unserer Gemeinschaftsschule nur zu erreichen war, weil sich die Lehrer und die Leitung an der ETS bis an und manchmal auch über die Grenzen ihrer Kräfte engagieren, was so kein Dauerzustand sein darf. Genau deshalb haben wir als Grüne Fraktion einen kritischen Brief an die Landesregierung vorbereitet, der nachher unter Top 7 zur Beschlussfassung ansteht. Ich hoffe auf Einstimmigkeit.

Vergleichbar lieb und teuer ist uns die **Kleinkindbetreuung**

Neben dem zur Verfügung Stellen von ausreichend Plätzen, denken wir hier auch an die Qualität.

Wir haben Haushaltsmittel beschlossen für die Sanierung des Spielplatzes am Regenbogenkindergarten und für einen schon lange geforderten besseren Sonnenschutz im Kiga Kleine Helden.

Und noch wichtiger: Das differenzierte Angebot an Betreuungszeit in den **Kindergärten**, ein tageweise wählbares Mittagessen usw. erfordern einen hohen Verwaltungsaufwand für das Personal. Auch das spiegelt sich - u.a. über die Freistellung der Leitung - im Haushalt als Mehrkosten fürs Personal wieder.

Ebenfalls positiv entwickelt sich die Betreuungssituation für die unter 3-Jährigen. Die Gemeinde bemüht sich, auf die steigende Nachfrage mit einem wachsenden Angebot zu reagieren. Erleichtert wird uns das durch die deutlich erhöhten Fördermittel der Grün-Roten Landesregierung. Auch wenn sich aus unterschiedlichen Gründen massive Verzögerungen ergeben haben – mit dem Abriss des alten Kinos konnte ja erst dieser Tage begonnen werden – und die drei schon bestehenden U3- Gruppen leider länger in den Kindergärten untergebracht bleiben müssen, als es von uns beabsichtigt war, sind wir mit dem Umbau des ehemaligen Schützenhofs zu einer **Kita** und gleichzeitig einem Familienzentrum auf einem sehr guten Weg, der der Ortsentwicklung insgesamt zu Gute kommt.

Und nicht nur für junge Menschen ist es erfreulich, wenn vor der Elsenzhalle bald wieder Sitzgelegenheiten geschaffen werden.

Bammentals Beitrag zu **Klimaschutz und Energiewende** ist bisher nicht ganz so groß ausgefallen, wie manche sich das erhofft hatten. Auch ich gehöre zu denen. Der Runde Tisch Energiewende Bammental hat noch keine Wunder vollbracht. Aber gute Entscheidungen, die keine Schnellschüsse sein sollen, brauchen ihre Zeit. In der Praxis erweist sich vieles als komplexer und schwieriger, als in der Theorie. Und die angedachte Nahwärmeversorgung rund ums Rathaus scheitert möglicherweise auch daran, weil einige, die dabei mitmachen wollten, nicht länger mit ihrer Heizungserneuerung warten wollen oder können. Vielleicht ergibt sich eine gute weitere Gelegenheit für eine Nahwärmeversorgung auf Holzhackschnitzelbasis im Zusammenhang mit der Sanierung des Schwimmbadviertels.

Aber es ist ja auch schon einiges passiert:

Es gab schon eine recht erfolgreiche Energiekarawane und im nächsten oder übernächsten Jahr wird es hoffentlich eine noch erfolgreichere Zweite geben. Auch der Vorschlag ein kommunales Klimaschutzkonzept durch die KliBa erarbeiten zu lassen, kam aus dem Runden Tisch. Wir konnten so die zu 50% bezuschusste Stelle eines Energiemanagers für die Gemeinde beantragen und beschließen. Neben der damit verbundenen Erwartung hierdurch ca. 10% Einsparpotential bei den kommunalen Einrichtungen zu erreichen - d.h. ca. 25.000 € - wird die Gemeinde dadurch auch zu einem Vorbild für die Bürger auf dem Weg zur CO2-Einsparung. Die Wirtschaftlichkeit solcher Maßnahmen ist für uns Grüne ein klares Kriterium, da Wirtschaftlichkeit derzeit noch die wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ist. In diesem Sinne haben wir uns auch klar dafür eingesetzt, dass der Austausch der Straßenbeleuchtungen mit LED-Lampen zu 100% noch in diesem Jahr im Haushalt eingeplant bleibt. Dem Abschluss des Konzessionsvertrags, der die Option bietet, dass sich die Gemeinde an einer Netzgesellschaft beteiligt, stehen wir positiv gegenüber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer gerade aufmerksam zugehört hat, wird sich vielleicht fragen, warum ich betonte, dass Wirtschaftlichkeit „derzeit noch“ entscheidend sei. Nun, ich bin überzeugt, eine solche Luxussituation, in der wir uns fragen, ob wir es uns leisten können oder wollen energiesparende und klimaschonende Maßnahmen zu beschließen, diese Luxussituation wird auch für uns hier in Mitteleuropa nicht ewig andauern. Wenn auch uns das Wasser bis zum Hals steht oder fossile Energieträger einfach nicht mehr zur Verfügung stehen, dann wird es schlicht ums Überleben gehen und kaum noch um die Wirtschaftlichkeit. Wer daraus ableiten möchte, die Grünen würden zum leichtsinnigen Geldausgeben auffordern, der hat es noch nicht verstanden.

Überhaupt können wir sicher sein, dass vieles nicht so bleiben wird wie es jetzt noch ist. Für die Erarbeitung eines zukunftsfähigen **Gemeindeentwicklungskonzepts** sind in diesem Haushaltsplan 25.000 € eingestellt. Und für 2015 ist nochmal der gleiche Betrag vorgesehen. Ob das reicht, wird man sehen. Herr Karl hatte mal von 100.000 € gesprochen. Nach der Konstitution des neuen Gemeinderats steht dies für uns Grüne als zentrales Thema der Jahre 2014/15 an. Wir sind sehr froh, dass diese von uns seit Jahren erhobene Forderung nun von allen Fraktionen getragen wird. Dieses Gemeindeentwicklungskonzept soll bzw. muss dann dem Gemeinderat und der Verwaltung als Grundlage für Entscheidungen dienen, die in die Zukunft hinein reichen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir unsere Gemeinde für die Zukunft aufstellen wollen; wie wir uns für den demographischen Wandel wappnen; wie wir uns bezüglich Migranten öffnen und welche Infrastruktur beibehalten, saniert oder ausgebaut werden muss.

Einen kleinen Schritt in die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde machen wir auch mit der räumlichen und organisatorischen Umgestaltung des Rathauses zu einem **Bürgerbüro** mit zeitgemäßem und bürgernahem Service. Wir sehen mit dem Weggang von Herrn Döringer, den wir als Hauptamtsleiter sehr schätzen und dessen Ausscheiden wir deshalb wirklich sehr bedauern, andererseits aber auch einen günstigen Zeitpunkt für eine solche Umstrukturierung.

Als Grüne freuen wir uns selbstverständlich über Mittel die für **Naturschutz** im Haushalt eingestellt sind, auch wenn es sich um eher bescheidene Beträge handelt.

Dazu gehören Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen, Baumkontrolle und Baumpflegemaßnahmen, Erstellen eines Baumkatasters und einiges mehr – und, wenn man es so sehen will, auch die zielorientierte Wanderwegweisung, die in umliegenden Gemeinden ja schon umgesetzt ist.

Im Zusammenhang mit dem Baumschutzkataster, möchte ich allerdings darauf hinweisen, dass eine solche Auflistung für sich noch keinen Naturschutz macht, wenn nicht darauf aufbauend auch eine Baumschutz-Verordnung als Handlungsanleitung erarbeitet wird.

Unser **Gemeindewald**: Ich hatte anlässlich der letzten Haushaltsverabschiedung gesagt, dass im Grünen Denken ein gutes Wirtschaftsergebnis aus dem Gemeindewald nicht die vorrangige Priorität hat, sondern die Nachhaltigkeit bezogen auf alle unterschiedlichen Funktionen, die der Wald hat. Und dass es z.B. sein könne, dass ein Alt- und Todholzkonzept in Konkurrenz tritt zu einer Klima schonenden Biomasse-Verwertung.

Eine unstrittige Funktion unseres Waldes dürfte die Erholungsfunktion sein. Und deshalb sind wir auch ganz entschieden der Meinung, dass Waldwege, wenn sie durch einen forstwirtschaftlichen Eingriff zur Holzentnahme, für Fußgänger weitgehend unpassierbar gemacht wurden, anschließend selbstverständlich wieder in einen akzeptablen Zustand gebracht werden müssen. Um den Bammertsberg herum scheint sich der Forst - oder sind es gar wir als die Waldbesitzer - offensichtlich schwer zu tun mit dieser Selbstverständlichkeit. Wenn der Forst ans Rathaus meldet, der Weg ist wieder in Ordnung, bedeutet das noch nicht unbedingt, dass damit ein wirklich akzeptabler Zustand gemeint ist. Aber wie die Wege letztlich aussehen sollen, entscheiden Gott sei Dank wir als Gemeinderat.

Auch das ist einer der Gründe, warum eine weitergehende Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger bei der mittelfristigen Forsteinrichtung, aber auch bei der jährlichen Maßnahmeplanung, wie sie vom BUND gefordert wird, unsere vollste Unterstützung findet.

Nachhaltigkeit spielt aber nicht nur im Naturschutz eine Rolle, sondern muss nach unserer Auffassung auch bei der **Beschaffung** eine deutlich stärkere Rolle spielen. Noch viel zu oft spielt bei der Beschaffung von Fahrzeugen, Geräten, Anlagen und Verbrauchsgegenständen durch die Gemeinde der Anschaffungspreis die entscheidende Rolle. Wir wünschen uns, dass die Gesamtkosten (Verbrauch, Steuern, Versicherungen, Reparaturanfälligkeit) über die Lebensdauer eines Produkts, sowie auch die CO₂-Bilanz maßgeblich in den Kaufentscheid einbezogen werden und dies gegenüber dem Gemeinderat auch mit aufbereiteten Daten belegt wird.

An dieser Stelle erinnere ich auch noch mal an den Antrag unserer Fraktion bezüglich Neufassung der Friedhofsatzung. Wir wünschen uns die Aufnahme eines Passus, der besagt: Es ist der Nachweis zu erbringen ist, dass Grabsteine nicht aus Kinderarbeit (z.B. in Indien) kommen.

Notunterkunft Schwimmbadstr. 21

Dass Bammmental weiterhin Wohnraum für Sozialfälle und Migranten benötigt, ist unstrittig. Momentan ist nur nicht klar und planbar, wie hoch dieser Bedarf sein wird. Diesbezüglich hat man sich mehrheitlich entschlossen die aktuellen fast unzumutbaren Wohnverhältnisse in der Schwimmbadstraße 21 im Haushaltsjahr 2014 anzugehen. Jedoch ist hier mit den Mittelbereitstellungen, wie von manchen Bürgern befürchtet - noch keineswegs festgelegt, wie die Wohnraumverbesserung

umgesetzt wird. In diesem Zuge sind die Grünen der Meinung, dass man den Umgang und auch die Unterbringung - speziell auch von Asylbewerbern - nochmals genauer beleuchten sollte, um eventuelle alternative Unterbringungskonzepte, die in vielen anderen Gemeinden bereits Integrationserfolge bei den Migranten hervorbrachten, auch in Bammental umzusetzen. Man darf davon ausgehen und muss darauf hoffen, dass Deutschland weiterhin ein Einwanderungsland bleibt, auch, weil wir ansonsten unseren Arbeitskräftebedarf nicht in ausreichendem Maße decken können und damit unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft in Gefahr ist. Es ist daher weiterhin wichtig, wie wir in Deutschland mit Migranten und Ausländern umgehen und wie wir es schaffen, ihnen ein Integrationsumfeld zu geben, dass sie schnell in unsere Gesellschaft finden und sie dauerhaft und zufrieden in Deutschland leben lässt.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum Thema „**ordnungswidrige Parkerei**“ sagen:

Wir haben uns in diesem Gremium viele Stunden damit beschäftigt, wie viele Parkplätze nach der Sanierung der Hauptstraße für die autofahrende Laufkundschaft von Apotheke, Gemüseladen und Ärzten unbedingt gebraucht werden. Jetzt, wo diese Parkplätze hergestellt sind, müssen wir erleben, dass die Parkzeitbegrenzung von vielen Dauerparkern einfach ignoriert wird. Ich brauche für meinen Gemüseinkauf inklusive Schwätzchen rund 15 Minuten und es ist kaum anzunehmen, dass andere dafür bis zu 6 Stunden und mehr brauchen, selbst nicht als Patient in einer Arztpraxis. Und jetzt?

Es steht in diesem Haushaltsplan kein Geld für einen Gemeindevollzugsdienst zur Verfügung. Die Mehrheit hat dies erst vor wenigen Wochen abgelehnt. Grüne Gemeinderäte hatten in der Vergangenheit mehrfach für die Einstellung eines GVB plädiert und dafür nie die nötige Mehrheit gefunden. Jetzt, wo es möglich gewesen wäre zusammen mit SPD und Pro Bammental diese Mehrheit endlich zu bekommen, hat unsere Fraktion mehrheitlich nicht mehr dafür gestimmt. Für Vergleichbares werden Abgeordnete oft als Umfaller bezeichnet. Sind wir Umfaller? Wir Grüne Gemeinderäte und Gemeinderätinnen haben hier zu keiner einheitlichen klaren Position gefunden, weil wir uns auch solchen Argumenten nicht verschließen konnten, die an der Tauglichkeit des Mittels GVD zum Erreichen des Ziels zweifeln lassen. Das Ziel: „Keine Behinderung von Kinderwagen schiebenden Eltern und Rollator nutzenden älteren Bürgern durch zugeparkte Gehwege“ – dieses Ziel bleibt für uns und hoffentlich die große Mehrheit im GR allerdings bestehen. Dass reine Appelle an Vernunft und Rücksichtnahme bei Autofahrern ausreichen werden, um dieses Ziel zu erreichen, daran zweifle ich persönlich allerdings noch mehr, als an der Tauglichkeit des Mittels Gemeindevollzugsdienst. Wenn wir es mit der Parkdisziplin wirklich Ernst nehmen wollen – und Falschparker in Bammental nicht weiterhin einfach glücklich bleiben sollen (siehe RNZ vom 25. Januar) – dann müssen wir uns mehr einfallen lassen und wohl doch Geld dafür in die Hand nehmen. Mit diesem Haushaltsplan scheint mir vorerst festgeschrieben, dass das getan wird, was schon immer getan wurde – nämlich wenig bis nichts gegen die rücksichtslose Gewegzuparkerei - vor allem, aber nicht nur, in der Hauptstraße. Herr Bürgermeister, Sie als vehementer Ablehner des Mittels (GVD) Gemeindevollzugsdienst stehen hier im Wort, dass wir für Bammental noch in diesem Jahr ein Konzept bekommen, mit dem der uns allen bekannte Missstand angepackt wird.

Nicht immer haben wir als Gemeinderat alleine das Sagen. Je nach Standpunkt kann das für gut oder schlecht befunden werden.

Dank der Langsamkeit unserer übergeordneten Behörden müssen wir uns in diesem Jahr nicht damit auseinandersetzen, ob es uns bei der **Friedensbrücke** um einen Steg auf Teufel komm raus geht oder ob wir einen Steg nur dann wollen, wenn er die Sicherheit tatsächlich erhöht.

Ähnlich verhält es sich mit dem seit Jahren von uns Grünen geforderten **Radweg** Neckargemünd-Bammental. Als Grüne sind wir froh, dass die Idee, diesen Radweg durch Naturschutzgebiet und Ruhezonen für Wasservögel zu führen, vorerst von oben gestoppt wurde. Der Preis ist, dass sich die Verwirklichung dieser Radwegeverbindung wieder um weitere Jahre hinauszögert.

Trotzdem schauen wir als Grüne Fraktion eher optimistisch in das vor uns liegende Jahr, welches ja auch ein Wahljahr ist.

Meine Damen und Herren - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.